

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

39. Sitzung
11. April 2019

Beginn: 13.01 Uhr
Schluss: 15.31 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Paul Fresdorf (FDP) fragt, ob die Abberufung von Staatssekretär Rackles als eine Richtungsentscheidung in der Berliner Bildungspolitik anzusehen sei. Seien abseits der Lehrerverbeamtung Kurskorrekturen z. B. bei der chaotischen Organisation des kostenfreien Mittagessens an Schulen, bei der Förderung von Schulautonomie oder bei der Verantwortungsübernahme des Senats für die Schuldigitalisierung zu erwarten?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) sagt, sie solle herzliche Grüße von Herrn Rackles bestellen und sich für die gute Zusammenarbeit bedanken. Sie habe Frau Stoffers zur neuen Staatssekretärin ernannt. Auch Frau Stoffers werde die politischen Inhalte, Projekte und Linien der Senatorin umsetzen, wie Herr Rackles es getan habe. Man habe sich neue Akzente vorgenommen: Die Umsetzung des Qualitätspakets habe einen großen Stellenwert. Frau Stoffers sei mehrere Jahre im Wirtschaftsbereich tätig gewesen. Es sei wichtig, dass die problembelasteten Schulen gut gemanagt würden. Die Staatssekretärin habe sicherlich einen eigenen Stil. Die Zusammenarbeit werde gut funktionieren. – Sie finde die Entscheidung der Koalition zum kostenfreien Schulmittagessen richtig. Es gehe darum, dass alle Kinder ein Schulmittagessen bekämen.

Paul Fresdorf (FDP) wünscht der Staatssekretärin für die neue Rolle viel Kraft und Erfolg.

Katrin Seidel (LINKE) fragt, nach welchem Antragsverfahren die Schulen wann, wofür und in welcher Höhe Mittel aus dem Digitalpakt Schule erhielten.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) teilt mit, dass jetzt 5,5 Mrd. Euro zur Verfügung stünden. Im Bundesrat sei die Lockerung des Kooperationsverbots beschlossen worden. Die Bund-Länder-Vereinbarung sei erarbeitet worden, diese müsse in den einzelnen Bundesländern beschlossen werden. Der Senat habe den Beschluss gefasst. Zuständig seien die Bezirke als Schulträger und Antragsteller beim Land. Berlin stünden 257 Mio. Euro zur Verfügung, das Land müsse einen zehnpromzentigen Eigenanteil erbringen. Ziel seien Investitionen für eine Vernetzung in den Schulen. Man habe ein aufbauendes Konzept. Die Schulen hätten Medienkonzepte zu erarbeiten, die sich am Rahmenlehrplan orientierten. Der Bezirk müsse ein Medienausstattungskonzept erarbeiten, das Grundlage für die Beantragung sei. Eine Stabsstelle erarbeite die Förderrichtlinien und berate die Bezirke. Die Länder müssten dem Bund die Förderrichtlinien vorlegen. Auf Bundesebene gebe es eine Steuerungsrunde.

Katrin Seidel (LINKE) fragt, ob auch außerschulische Lernorte, berufliche Schulen oder Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen Anträge stellen könnten.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erwidert, dass 90 Prozent der Bundesmittel für die Investition in Schule seien, 5 Prozent für landesweite Investitionen, 5 Prozent für länderübergreifende Projekte.

Thorsten Weiß (AfD) stellt fest, dass die SPD auf ihrem Landesparteitag einen Beschluss gegen die Bundeswehr gefasst habe, der 180 000 Soldaten und 1,2 Mio. Reservisten brüskiere. Wie bewerte die Senatorin diesen Parteitagsbeschluss, der behaupte, die Bundeswehr wolle an Schulen für das Töten und Sterben werben?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, der Senat halte sich an die KMK-Vereinbarungen, hier den Beutelsbacher Beschluss. Dieser beinhalte ein Überwältigungsverbot, es müssten unterschiedliche Positionen dargestellt werden. Wenn Jungoffiziere informierten, würden auch andere Positionen dargestellt; so würden auf Wunsch Friedensorganisationen eingeladen.

Thorsten Weiß (AfD) folgert, dass die Umsetzung des Beschlusses in dieser Legislaturperiode nicht beabsichtigt sei.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erklärt, der Senat halte sich an die KMK-Vereinbarungen.

Roman Simon (CDU) sagt, in Lichtenberg seien angehende Erstklässler einer noch im Bau befindlichen Schule zugewiesen worden. Welchen Plan habe der Senat, falls die Schule nicht rechtzeitig fertiggestellt sein sollte?

Christian Blume (SenBildJugFam) antwortet, dass in diesem Fall im MEB einer benachbarten Schule die Beschulung erfolgen werde. Nach der derzeitigen Planung solle die neue Schule zum 1. Februar 2020 fertig sein.

Roman Simon (CDU) fragt, wie die Eltern darüber informiert würden.

Christian Blume (SenBildJugFam) antwortet, dies müsse mit dem Bezirk abgestimmt werden. Die Eltern müssten informiert werden.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) sagt, sie freue sich, bei ihrer ersten Ausschusssitzung als Staatssekretärin zu sein. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit. – Sie sei Politologin und habe nach ihrem Studium die Laufbahn des höheren Dienstes des Landes eingeschlagen. U. a. sei sie in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gewesen. Anschließend habe sie 10 Jahre in der Berliner Wirtschaft gearbeitet. In den nächsten Jahren werde ein besonderer Schwerpunkt die Unterrichtsqualität sein. Man arbeite an der Verbesserung der Leistungsergebnisse. 39 Qualitätsmaßnahmen seien umzusetzen. Sie werde sich um die Umsetzung des Digitalpakts kümmern. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit den Schulgemeinschaften und Eltern.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/1718
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Gesetz zur Förderung der Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen (Jugendförder- und Beteiligungsgesetz)
[0233](#)
BildJugFam
Haupt
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
„Ein Jugendfördergesetz für Berlin“ (Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 18/0807) – Aktueller Stand der Arbeit der Lenkungsgruppe und der inhaltlichen Gestaltung des Jugend FöG
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
[0123](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0522

Gleichstellung jetzt! Ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit durch die Gleichstellung von Jugendleiterkarte und Ehrenamtskarte angemessen würdigen

[0090](#)
BildJugFam(f)
BuergEnPart*
Haupt

Roman Simon (CDU) bemerkt, dass der Antrag im September 2017 eingebracht worden sei. Der Antrag habe zu Aktivität beim Senat geführt, was zu begrüßen sei. Dies hätte schneller geschehen können. Staatssekretärin Chebli habe erklärt, dass ihr Referat überlastet sei. Der Inhalt des Antrags werde vom Senat umgesetzt. Daher könne seine Fraktion ihn zurückziehen.

Der **Ausschuss** vertagt die Besprechung.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1066

Tausende Eltern ohne Betreuungsmöglichkeit für ihre Kleinkinder – Maßnahmenpaket für mehr Plätze!

[0160](#)
BildJugFam
Haupt

Roman Simon (CDU) legt dar, dass im Mai 2018 Eltern demonstriert hätten. Auch Koalitionssparlamentarier hätten gegen den eigenen Senat protestiert. Zum Ende des Kitajahres stehe man immer vor größeren Herausforderungen, weil es erfreulicherweise mehr Kinder in der Stadt gebe. Die Verwaltung arbeite daran, die Anzahl der Kitaplätze zu vergrößern. Dies bedürfe weiterer Maßnahmen. Die Vorschläge der CDU-Fraktion hätten sich nicht erledigt. – Punkt 3 des Maßnahmenpakets zielen auf den Fachkräftemangel. Endlich habe der Finanzsenator für tarifliche Verbesserungen gesorgt. Der Antrag müsste in einem Punkt angepasst werden: Auf S. 2 unter 3. sei am Ende der ersten Zeile ein Punkt zu setzen, die Zeilen 2 bis 6 seien zu streichen. – Einiges werde auf den Weg gebracht, aber nicht so, wie es notwendig sei. Eine Ausschreibung für MOKIBs habe zu keinem Angebot geführt. Private Betreuungskosten sollten unbürokratisch übernommen werden. Eltern sollten nicht gezwungen werden, gegen das Land zu prozessieren, damit ihre Betreuungskosten übernommen würden.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) führt aus, dass an den sieben Punkten des Antrags gearbeitet worden sei und weiter gearbeitet werde. Es seien schon Veränderungen umgesetzt worden. Die Ersatzbetreuung werde befristet je nach Gesamtsituation ermöglicht. Am Ende des Kitajahrs, am 31. Juli, werde diese verlängert oder könne entfallen. Auch bei den anderen Punkten würden Veränderungen umgesetzt. Die Möglichkeiten der Fachkräftebindung seien erweitert worden. Man befinde sich in einer positiven Entwicklung. Die Differenz zwischen angebotenen und betriebserlaubten Plätzen falle weg. Die Möglichkeiten, einen Platz zu finden, würden größer. – Mit dem Quereinstieg habe man praktisch eine Ausbildungsvergütung. Mit der Fachkräfteoffensive des Bundesprogramms werde man Personengruppen, die besonders gefordert seien, fördern. – Die Kosten pro gefördertem Kitaplatz habe

man erhöht. Mit dem Programm solle schnell gebaut werden. Über SIWANA 5 seien für die MOKIBs 25 Mio. Euro mehr zur Verfügung gestellt worden. Die ersten Plätze würden im 2. Quartal 2020 erwartet.

Tommy Tabor (AfD) bestätigt, dass einiges geschehe. Die Millionen vom Gute-Kita-Gesetz gebe es nur vom Bund, wenn alle Bundesländer ihre Konzepte eingereicht hätten. Habe Berlin dies schon getan?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) sagt, sie gehe davon aus, dass die Mittel noch in diesem Jahr flössen. Man wolle die ersten Maßnahmen mit dem Beginn des Kitajahrs umsetzen. Senatsintern habe man noch abgestimmt, welche Maßnahmen wie über das Gute-Kita-Gesetz und welche über den Landeshaushalt finanziert würden, um die Aushandlungsprozesse mit dem Bund zu beginnen. Der Senat sei sich einig geworden und werde entsprechend mit dem Bund verhandeln.

Tommy Tabor (AfD) fragt, auf welche Bundesländer es ankomme, damit es mit Beginn der neuen Kitasaison losgehen könne.

Roman Simon (CDU) hält die jährliche Befristung der Ersatzbetreuung angesichts der Situation für problematisch. Die Ausführungsvorschrift zur Kindertagespflege sollte die Betreuung in Kleingruppen erleichtern. Bei der Kindertagespflege habe man ein Raumproblem. Bis zu drei Kinder könnten in eigenen Räumlichkeiten betreut werden. Die schulische Ausbildung könnte durch eine Ausbildungsvergütung attraktiver werden. Die Mittel für den Bau durch freie Träger seien nicht ausreichend erhöht worden.

Paul Fresdorf (FDP) sagt Unterstützung für den Antrag zu. Mietzahlungen müssten aber nicht vom Amt kommen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bestätigt, dass jedes Bundesland mit dem Bund eine spezifische Verwaltungsvereinbarung abschließe. Es scheine, dass sich alle Bundesländer mit ihren Maßnahmen einer Verwaltungsvereinbarung nähern könnten. – Die Ausführungsvorschrift zur Kindertagespflege sei in Überarbeitung. Dabei werde auch über die Verbundtagespflege gesprochen. Die Raumfrage sei wichtig. Man sei mit Wohnungsbaugesellschaften und Kirchen im Gespräch. Umbauten könnten aus dem Landesprogramm gefördert werden. – Ein zentraler Punkt sei die bessere Bezahlung für ausgebildete Erzieher/innen. Nach dem Tarifabschluss gehe es deutlich nach oben, es erfolge eine Angleichung an den Tarifvertrag der Kommunen. Wesentliche Teile des Antrags seien bereits umgesetzt.

Der **Ausschuss** lehnt den geänderten Antrag der CDU-Fraktion ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0751

**„Minderjährige“ Flüchtlinge, die keine sind:
Medizinische Altersfeststellung als Regelfall
einführen!**

[0125](#)
BildJugFam(f)
IntArbSoz*
GesPflegGleich

Hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der
Fraktion der CDU
Drucksache 18/0751-1

**„Minderjährige“ Flüchtlinge, die keine sind:
Medizinische Altersfeststellung als Regelfall
einführen!**

[0125-1](#)
BildJugFam(f)
IntArbSoz
GesPflegGleich

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der
Fraktion der CDU
Drucksache 18/0751-2

**„Minderjährige“ Flüchtlinge, die keine sind:
Medizinische Altersfeststellung als Regelfall
einführen!**

[0125-2](#)
BildJugFam(f)
IntArbSoz
GesPflegGleich

Roman Simon (CDU) wünscht, dass der Senat sich mittels Bundesratsinitiative dafür einsetze, dass die medizinische Altersfeststellung zum Regelfall werde. Die Zahlen sprächen für sich. Bei über 1 000 Flüchtlingen sei die Behauptung der Minderjährigkeit durch Untersuchung widerlegt worden.

Tommy Tabor (AfD) sagt, die AfD-Fraktion sehe dies genauso wie die CDU. Es müsse etwas getan werden. Für den Steuerzahler entstünden Kosten in Milliardenhöhe. Von Flüchtlingen seien realistische Altersangaben zu erwarten. In Dänemark sei von 75 Prozent der betreffenden Personen die Unwahrheit gesagt worden. Man sollte versuchen, dem entgegenzuwirken und dem Steuerzahler gerecht zu werden.

Paul Fresdorf (FDP) befürwortet eine Altersüberprüfung in Zweifelsfällen. Dies sei auch wichtig für eine Akzeptanz in der Bevölkerung.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) stellt fest, dass der Senat eine derartige Bundesratsinitiative nicht initiieren wolle. Er halte die entsprechende Norm im SGB VIII für ausgewogen. Zunächst gebe es eine qualifizierte Inaugenscheinnahme. Erst bei Zweifeln werde ein medizinisches Altersgutachten eingeleitet. Das praktizierte Verfahren habe sich bewährt. Vom 1. Januar bis zum 11. April 2019 seien 217 junge Menschen in der Erstaufnahme zur Inobhutnahme registriert worden; davon seien 117 als Minderjährige eingestuft worden, 55 seien für volljährig erklärt worden. Seit dem 1. Januar seien bisher 9 Altersgutachten eingeleitet worden, in 2 Fällen sei die Volljährigkeit bestätigt worden, in 3 Fällen die Minderjährigkeit. Der Senat halte das ausgewogene Verfahren für den richtigen Weg.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) führt aus, dass in § 42f SGB VIII 2015 die Inobhutnahme mit einem ausländerrechtlichen Bezug versehen worden sei. Die medizinische Altersfeststellung sei umstritten. Eine enge sozialarbeiterische Betreuung mit Bezugspersonen führe zu einer schnelleren Integration. Die jungen Menschen hätten einen Jugendhilfeanspruch auch über das 18. Lebensjahr hinaus. Sie verblieben im Jugendhilfesystem, bis sie mindestens einen ersten Abschluss erreicht hätten. Die praktizierten Verfahren könnten noch qualifiziert werden, aber es sei nicht von ihnen abzurücken.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.